Freitag, den 13. März 1925. **Lodzer Volkszeitung** Einzelnummer: 25 Groschen.

Nr. 31. | Erscheint 3mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag. | Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofa 17, III-16. Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5—6 Uhr. Telephon des Schriftleiters: 28-45. | Der Abonnementspreis für den Monat März beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich. | 3. Jahrg.

Echo des deutschen Angebots.

An der Leidenschaftlichkeit, mit der die Diskussion über die deutschen Vorschläge geführt wird, erkennt man am besten, wie sehr die mit der Sicherheit zusammenhängenden Fragen die Geister beschäftigen. Je nach der allgemeinen politischen Auffassung der einen und anderen ist auch die Stellungnahme gegenüber den von deutscher Seite gemachten Angeboten verschieden.

Die Presse des Nationalen Blocks in Frankreich tobt gegen jede Sonderverständigung mit Deutschland — die Linkspresse stellt sich auf den Standpunkt, daß eine ernsthafte, vom Willen zur Verständigung beseelte Prüfung der Vorschläge erfolgen muß — die große Boulevardpresse schwankt.

Die Hauptthesen, wie sie formuliert werden, lassen sich ungefähr folgendermaßen zusammenfassen: „Deutschland will uns aufs Glatteis führen," — so erklärt man im Lager des Nationalen Blocks — „sucht zwischen Frankreich und den in Mitteleuropa gelegenen nach dem Krieg entstandenen Staaten, wie Polen und der Tschechoslowakei, die Brandfackel zu schleudern, indem es uns alles verspricht, was es in bezug auf die französische Ostgrenze sowieso nicht verweigern kann, um sich auf diese Weise Handlungsfreiheit vor allem Polen gegenüber zu erkaufen. Hat sich das jetzt von nationalistischen Elementen regierte Deutschland erst einmal dadurch die Möglichkeit geschaffen, seine Ostgrenzen auf Kosten Polens zu verändern, so wird auch die Reihe an Frankreich kommen, denn auch die Leute, die gegenwärtig in Berlin an der Regierung sitzen, huldigen an sich der von ihnen oft und laut ausgesprochenen Theorie, daß geschriebene Verträge nichts Endgültiges seien. Deshalb haben alle sogenannten Sicherheitspakte, die das gegenwärtige Deutschland unterzeichnen würde, nur die Irreführung, die Verblendung Frankreichs zum Zweck. Das Kabinett Herriot, das schon in London Frankreichs einzige wirksame Waffe, die Ruhr, aus der Hand gab, würde ein noch schwereres Verbrechen an unserem Land begehen, wenn es sich dazu herbeiließe, den Sicherheitspakt unter den Alliierten zu ersetzen durch einen Pakt, der Deutschlands Unterschrift trüge und der irgendeinen Teil der polnischen Grenze späterer deutscher Interpretationwillkür unterwürfe...."

Darauf erwidern führende Elemente der Linken: „So einfach steht das Problem nicht. Jeden deutschen Vorschlag, weil er vielleicht nicht von vornherein in all seinen Teilen klar oder annehmbar erscheint, abzulehnen oder als Komödie, als Versuch der Irreführung hinzustellen, ist der ungeheuren Wichtigkeit des Zieles nicht würdig, um dessen Durchführung es sich handelt: der Schaffung eines wirklichen stabilen Friedens in Europa, der Ausschaltung jeder Kriegsmöglichkeit."

Man geht nicht irre, wenn man annimmt, daß diese letztere Auffassung derjenigen des Ministerpräsidenten Herriot entspricht. Allerdings wird auch Herriot wohl auf nichts eingehen, was irgendwie einer Preisgabe der „polnischen Sicherheit" gleichkäme. Auch jene Elemente auf der Linken, die die gegenwärtige deutsch-polnische Grenzziehung und vor allem das Bestehen des „Korridors" für nichts weniger als einen Idealzustand ansehen und die eine freundnachbarliche Verständigung zwischen Polen und Deutschland zur Ausschaltung gewisser Konfliktquellen für sehr notwendig halten, würden aus vielerlei innen- und außenpolitischen Gründen gegenwärtig keinem Text zustimmen, der sich als eine Bedrohung Polens deuten ließe. Es ist sicher, daß man in den Linkskreisen und vor allem in der sozialistischen Partei an Stelle von Sonderpakten lieber den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Lösung etwa vorhandener Konflikte im Geiste des Genfer Protokolls vom September 1924 gesehen hätte. Aber man ist sich klar darüber, daß gewisse Faktoren sowohl der deutschen als der internationalen Politik eine nur etappenweise Erreichung dieses Zieles heute fast unvermeidlich erscheinen lassen.

Das von Macdonald seinerzeit unterstützte Genfer Garantieabkommen ist von der Regierung Baldwin verworfen worden. Die Konservativen, die gegenwärtig das Staatsruder in England führen, wollen davon nichts wissen. Damit ist auch die Hoffnung der französischen Linksparteien hinfällig, die Frankreich gerade durch das von Macdonald und Herriot propagierte Genfer Garantieabkommen vor deutschen Angriffen gesichert sehen wollten.

Die Haltung der Engländer ist bezeichnend. Auf Grund des Versailler Vertrages sowie der früher gemachten Versprechungen sieht sich England verpflichtet, für Frankreichs Sicherheit zu sorgen. Doch hat England niemals ein Hehl daraus gemacht, daß es sich in der Rolle eines Hüters der französischen Westgrenze nicht wohl fühlt. Dies ist vielleicht einer der Hauptgründe, weshalb gerade in England die deutschen Garantievorschläge mit solch großer Befriedigung aufgenommen werden. Garantiert Deutschland Frankreichs Westgrenze, so kann England sich ruhig anderen politischen Problemen widmen.

Die Unterredung Chamberlains mit Herriot hat bewiesen, daß England mit aller Macht darauf drängen wird, die deutschen Vorschläge einer ernsten Prüfung zu unterziehen. Auf der Völkerbundstagung wird Chamberlain nun beweisen müssen, ob er gewillt ist, seine eingeschlagene Taktik weiter zu führen und den französischen Widerstand zu brechen. Die Unterstützung seiner Kabinettskollegen ist ihm sicher, denn in einer Kabinettssitzung wurde beschlossen, den von Herriot vorgeschlagenen Sonderpakt zwischen England, Frankreich und Belgien abzulehnen. Das englische Kabinett hat sich also entschieden, eine Politik zu verfolgen, die zu einem „Pakt der Fünf", also England, Frankreich, Belgien, Italien und Deutschland führen soll. Nach den letzten Nachrichten aus London soll die englische Regierung sogar entschlossen sein, nach der Rückkehr Cham-

Neuorientierung in der Außenpolitik?

Deutschland gefährlicher als Rußland, deshalb müsse Polen Anlehnung an die Ssowjets suchen.

In Ssowjetrußland wird den deutschen Garantievorschlägen große Bedeutung beigemessen. Die Ssowjetpresse weist darauf hin, daß die polenfeindliche Haltung Englands und die schwankende Frankreichs Polen in eine sehr mißliche Lage gebracht habe. In Moskau wird betont, Polen könne sich heute nicht mehr Hoffnungen auf Garantierung seiner Grenzen, sowohl der gegen Deutschland wie der gegen Rußland machen. Damit entfalle eine der wesentlichsten Voraussetzungen, mit der es bisher bei seiner negativen und aggressiven Politik gegenüber Rußland rechnen zu können glaubte. Kurz nach der Helsingforser Konferenz habe Chamberlain den englischen Standpunkt in der Paktfrage den Polen verdeutlicht. In der Tat ist erst einige Zeit nach jener Konferenz Verstärkung der Neigung zu freundlichen Tönen gegenüber der Ssowjetunion in den polnischen Kreisen aufgetreten. Der von je russenfreundliche Außenminister Skrzynski hat, wenn auch mit offizieller Reserviertheit, diese Schwenkung mitgemacht. Jetzt erst tritt zutage, daß die in Helsingfors versammelt gewesenen Staaten ihren gegen Rußland gerichteten „Miniaturvölkerbund" nur unter der Bedingung eingehen wollten, daß für dies Bündnisgebilde die Garantie der Großmächte erfolgte. Aber die großstaatlichen Protektoren der Konferenz konnten sich nicht zu einem so weitgehenden Schritt verstehen. Unter diesen Umständen ist das Bedürfnis polnischer Kreise zu einer Annäherung an Rußland verständlich. Die ssowjetrussische Presse führt wohlwollend aus, daß es für Polen sehr nützlich sein würde, wenn es sich von der Zwangsidee freimachen würde, daß es der Fahnenträger aller Feindseligkeit des Westens gegen Ssowjetrußland sein müsse. Aber auch für Rußland würde der endliche Beginn des Ausgleichs mit seinem westlichen Nachbarn in dem gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen mit England und Frankreich sehr praktisch sein.

Die polnische Presse legt viel Wert darauf, daß die Annäherung an Rußland nicht eine gleiche Haltung gegenüber Deutschland nach sich ziehen müsse, und der „Kurjer Warszawski" hat es für klug befunden, die Formulierung auszusprechen, daß im Falle eines Angriffs Polens auf die russische Westgrenze die polnische Westgrenze ihrerseits einen Angriff Deutschlands erwarten müsse, aber nicht ebenso die polnische Ostgrenze im Falle von Verwicklungen an Polens Westgrenze. Hierzu wird in Moskau die Glosse gemacht, daß die Tendenzen der polnischen Politik in der Tat viel aktiver gegenüber Deutschland als gegenüber Rußland seien. Denn sie zielten darauf, Polen zu einem Ostseestaat zu machen und dazu sei der Besitz Ostpreußens nötig. Polnische Politiker von Einsicht machten sich keine Illusionen über die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen künstlichen Grenzen mit Deutschland und verständen, wie sehr diese Unsicherheit das Prestige Polens politisch und wirtschaftlich drücke. Sie betrachteten die Ausdehnung gegen das Baltikum als Existenzfrage und wünschten um so mehr, sich in der Beziehung zu Rußland zu entlasten. Das Interesse Rußlands sei nicht gegen stabile Verhältnisse an der polnischen Grenze gerichtet; ganz im Gegenteil. Aber dies sei nicht gleichbedeutend, wie manche Politiker und Blätter Polens zu glauben schienen, mit russischer Bereitwilligkeit, ebenso die polnische Westgrenze zu garantieren.

berlains von Genf, nach Unterhandlungen mit den früheren Alliierten, Deutschland zu einer gemeinsamen Konferenz einzuladen. Diese Stellungnahme der englischen Regierung wird auch von den Dominions gutgeheißen, die an einem europäischen Uebereinkommen außerordentlich interessiert sind.

Natürlich bürgt diese englische Politik große Gefahren für Polen. Von einem „Pakt der Sieben“ will England nichts wissen. Polen und die Tschechei sollen selber sehen, wie sie sich mit Deutschland verständigen. Es ist klar, daß Polen nun alles auf die französische Karte zu setzen gezwungen ist. Trügt diese, so steht Polen völlig verlassen da. Und es sind Anzeichen vorhanden, daß Frankreich nicht ganz abgeneigt ist, den polnischen Bundesgenossen fallen zu lassen.

Die Hauptaktion wird sich ja auf der Tagung des Völkerbundes abspielen. Die deutsche Rechtspresse weist gerade jetzt mit allem Nachdruck darauf hin, daß das unbedingte Recht zu einer Revision der Bestimmungen über den polnischen Korridor der Versailler Vertrag selbst gibt: „Darauf wird“, schreibt die „D. Allg. Ztg.“, „eine deutsche Regierung umso weniger verzichten können, als die ganze Oeffentlichkeit der Welt außerhalb Polens und Frankreichs von der Unhaltbarkeit dieser Grenzziehung absolut überzeugt ist. Wir sind freilich der Ansicht, daß der Antrag eines Schiedsgerichtsvertrages allein nicht genügt. Gleichzeitig muß ein Minderheitenschutzvertrag zum Schutze der an Polen gefallenen deutschen Gebiete abgeschlossen und unter die Garantie eines neutralen Organs gestellt werden.“

Die Völkerbundstagung wird sich also mit Polen eingehend beschäftigen müssen. Unsre Vertreter sind nicht zu beneiden. Von ihnen hängt viel für Polen ab. Die Danziger Frage ist für Polen im höchsten Grade unangenehm, da von polnischer Seite bereits selbst zugegeben wird, daß man in dem Briefkastenstreit zu weit gegangen ist. In dem Bestreben, Danzig noch fester an Polen zu ketten, dürften unsre Vertreter in Völkerbundskreisen auf starke Opposition stoßen. In diesem Zusammenhang ist noch eine andere Frage von Wichtigkeit. Branting, der im Völkerbund sehr viel galt, ist tot. Dadurch verliert Schweden seinen persönlichen Sitz im Völkerbundsrat. Für Schweden möchte nun Polen in den Völkerbundsrat hinein. Es stützt seinen Anspruch auf die zukünftige Mitgliedschaft Deutschlands. Ob es seine Kandidatur mit Erfolg betreiben kann, ist sehr fraglich. Die nordischen Neutralen haben sich, was nicht unbekannt ist, zu einer Gruppe vereinigt, die stets für einen Vertreter der zu ihr gehörenden Staaten eine Mitgliedschaft im Rat fordern wird. Zu dieser Gruppe gehören Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und Finnland, von denen z. B. Holland und Norwegen in Gestalt von Karnebeek und Nansen mit guten Kandidaten aufgewartet haben.

S. P.

Die erste Sitzung des Völkerbundes.

Die erste öffentliche Sitzung des Völkerbundes ist interesselos verlaufen. Wichtige Angelegenheiten wurden noch nicht berührt. Dagegen wurde umso intensiver hinter den Kulissen beraten. Wie verlautet, hat Skrzynski eine Einladung von Chamberlain erhalten. Skrzynski wird versuchen, Chamberlain von der Gefährlichkeit des Paktes für Polen zu überzeugen.

In der Danziger Frage hat sich Frankreich sehr stark zugunsten Polens engagiert. Trotzdem ist eine für Polen ungünstige Entscheidung zu erwarten.

Sinkende Tendenz des Zloty.

In der polnischen Delegation herrscht große Bestürzung über die sinkende Tendenz des Zloty in Zürich. Die polnische Delegation führt das Sinken des Zloty auf deutsche Machinationen zurück. Deutschland suche durch Beeinflussung der Züricher Börse den in Genf versammelten Diplomaten zu beweisen, daß Polen auch wirtschaftlich nicht konsolidiert ist.

Die Amerikaanleihe.

Wozu sie verwendet werden soll.

Im Dziennik Ustaw erschien das Gesetz über die Ausgabe einer Anleihe in amerikanischen Dollars auf die Summe von 50 Millionen. Die aus dieser Anleihe erhaltenen Summen sollen in der Höhe von 40 Millionen Gulden zum Bau von Eisenbahnlinien verwendet werden. Aus dem Rest des Geldes soll ein staatlicher Wirtschaftsfonds gebildet werden, als Quelle für produktive Wirtschaftsarbeiten und gewinnbringenden Wohnungsbau, die die Deckung der Zinsen und die Amortisation der Anleihe garantieren. Die genauere Art der Verwendung der Anleihe wird ein besonderes Statut bezeichnen. Die Bezahlung des Kapitals und der Zinsen ist durch die Eisenbahn- und Zuckerakziseneinnahmen sichergestellt sowie durch eine Reihe anderer Einnahmen. Die Amortisation der Anleihe soll innerhalb von 25 Jahren erfolgen.

Das Gesetz ist somit rechtskräftig. Nun soll Uncle Sam mit der Dollarlieferung beginnen. Ob sie uns in der Wirtschaftsnot Erleichterungen bringen wird?

Gegen Thugutt.

In der gestrigen Sitzung der Administrationskommission des Sejm forderte Minister Thugutt sowie die Abgeordneten der Linken die Erledigung des Versammlungsgesetzes, um dem rechtlosen Zustand, den Minister Kataiski durch seine Verordnung geschaffen hat, ein Ende zu bereiten. Abg. Erdman (Piast) beantragte, das Gesetz der Verfassungskommission zur Erledigung zu überweisen, was die Verzögerung der Angelegenheit beabsichtigte. In der Abstimmung wurde der Antrag Erdman angenommen, was einem Mißtrauensvotum für Thugutt gleichkommt.

Die Vertreter der Linken und der Minderheiten verließen hierauf zum Zeichen des Protestes den Saal.

Wie verlautet, beabsichtigt Thugutt aus dieser an seine Adresse gerichteten Herausforderung die Konsequenzen zu ziehen.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Frage gestellt.

Wie aus Berlin gemeldet wird, verfolgt man in Berliner politischen Kreisen die eben beginnenden deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen mit großer Besorgnis. War schon seit langem von Polen alles aufgeboten worden, um unter allen Umständen eine Atmosphäre zu verhindern, die die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen günstig beeinflussen könnte, so kann nach den letzten Meldungen aus Warschau kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß Polen durch die Veranstaltung einer Pressehetze gegen Deutschland in der Sicherheitsfrage nun alles bisher dagewesene zu überbieten sucht. Man bezeichnet es als einen in der Geschichte der Diplomatie geradezu einzig dastehenden Fall, daß ein Staat, der soeben mit einem anderen Wirtschaftsverhandlungen beginnen will, eine außerhalb des Gesamtbereiches der Wirtschaftsverhandlungen stehende Frage zum Anlaß nimmt, um seine gesamte Presse gegen den Verhandlungspartner loszulassen.

Wer wird deutscher Reichspräsident?

Jede Partei bleibt bei ihrem Kandidaten.

Die Demokratische Partei hat den Vorschlag gemacht, daß sämtliche Parteien sich auf einen Sammelkandidaten in der Person des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simon, der gegenwärtig die Funktionen des Reichspräsidenten erfüllt, einigen sollten. Dieser Vorschlag hat wohl Beachtung gefunden, doch wird darauf hingewiesen, daß dieser demokratische Vorschlag zu spät komme, da sich alle Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, grundsätzlich bereits über bestimmte Kandidaturen geeinigt hätten, so die Sozialdemokraten auf Otto Braun und die Rechtsparteien auf die Sammelkandidatur Jarres.

Innerhalb des Zentrums sind, trotz der bevorstehenden Parteivorstandssitzung, die Gegensätze noch immer nicht geschwunden Ein Teil des rechten Flügels des Zentrums hält die Kandidatur Stegerwald nach wie vor aufrecht, der überwiegende Teil in der Zentrumspartei ist jedoch für die bekannte Kandidatur Marx. Man rechnet auch damit, daß das Zentrum, trotz des demokratischen Vorschlages, sich für eine Sonderkandidatur Marx entscheiden wird. Sollte dieser Beschluß des Zentrums Tatsache werden, dann werden auch die bereits angesetzten Besprechungen der Rechtsparteien über eine Gesamtkandidatur sämtlicher bürgerlichen Parteien hinfällig werden und die Rechtsparteien gesondert vorgehen.

Die Kommunisten haben bekanntlich Thälmann als ihren Kandidaten aufgestellt. Der erste Wahlgang wird also einen scharfen Wahlkampf ergeben. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß Dr. Simons, der sich bei allen Parteien starker Beliebtheit erfreut, für den zweiten Wahlgang ernstlich in Betracht kommen könnte.

Dr. Marx preußischer Ministerpräsident.

Der von den Linksparteien vorgeschlagene Reichskanzler a. D. Dr. Marx wurde mit 232 von 442 abgegebenen gültigen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Der Kandidat der beiden Rechtsparteien (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei), Dr. v. Richter, erhielt nur 141 Stimmen.

Die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten endete mit einem glatten Sieg des Kandidaten der Parteien der Weimarer Koalition, des Ministerpräsidenten Marx.

Sofort nach Eröffnung der Landtagssitzung durch den Präsidenten Bartels begann die Abstimmung. Sie dauerte ungefähr eine Stunde. Der Kandidat der beiden Rechtsparteien (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei), Abg. v. Richter (Deutsche Volkspartei) erhielt 141 Stimmen, der Kommunist Abg. Pieck 42 Stimmen, der Nationalsozialist Körner 11 Stimmen und der Kandidat der Wirtschaftspartei, Abg. Ladendorf, 16 Stimmen.

Lokales.

Von der Krankenkasse.

Die Dienstagsitzung der Verwaltung der Krankenkasse leitete Vorsitzender Kaluzynski. In Sachen des Aerztestreiks teilte der Vorsitzende mit, daß die Aerzte am Dienstag um 3 Uhr nachmittags die Arbeit wieder aufgenommen, jedoch als Bedingung gestellt haben, daß binnen zwei Wochen das Hauptabkommen abgeschlossen werden muß. In dem Hauptabkommen geht es den Aerzten hauptsächlich darum, daß Engagements und Entlassungen der Aerzte nur durch Vermittelung des Aerzteverbandes erfolgen dürfen. In Verbindung damit beschloß die Verwaltung, diejenigen Aerzte, die sich während des Streiks Ueberschreitungen zuschulde kommen ließen und zu hohe Honorare von den Kranken gefordert haben, nach dem Streik zur Ausübung der Tätigkeit in der Kasse nicht mehr zuzulassen. Am Donnerstag begibt sich der Bevollmächtigte der Kasse nach Warschau, wo im Arbeitsministerium die erste Sitzung in Sachen der Schlichtung des Lohnkonflikts stattfindet.

Nachdem eine Reihe von Personalfragen erledigt wurden, schritt die Verwaltung zur Besprechung der Reorganisierung der Administration der Kasse. Vizedirektor Ing. Szuster hat ein diesbezügliches Projekt ausgearbeitet, das sich grundsätzlich auf die Einführung von Legitimationen für die in der Kasse versicherten Mitglieder stützt. Dadurch würden den Versicherten viele Wege bei der Inanspruchnahme der Kasse erspart werden. Außerdem könnten die mit den Erledigungen der Kranken in Verbindung stehenden Schreibarbeiten um fast die Hälfte vermindert werden. Die Aussprache über die Vorschläge des Ing Szuster wurden für eine spezielle Sitzung vertagt, die am Donnerstag stattfindet.

Pläne der Beschäftigung der Arbeitslosen. Der Wojewode Darowski konferierte dieser Tage mit Premierminister Grabski über die Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen. Als Plan schlug er Erdarbeiten für die Bahnlinien, Kanalbauten, Flußregulierung und Wohnungsbau vor. Vor allen Dingen empfahl er die Uebertragung der Station der Fabrikbahn nach dem Widzewer Territorium, den Bau neuer Chausseen auf dem Gebiete des Lodzer Kreises, den Bau eines Gebäudes für den Sejmik des Lodzer Kreises, Regulierung des Flusses Bzura, den Bau eines Hospitals in Zgierz, den Bau einiger Wohnhäuser in Lodz, der Chaussee von Zgierz nach Piątek usw. Dabei könnten 3500 Arbeitslose Beschäftigung erhalten. Weiter sprach der Wojewode über die Notwendigkeit der Errichtung von Bauten für Regierungsinstitutionen wie auch des Bezirksgerichts, des Wojewodschaftsamtes, eines epidemiologischen Instituts usw. Wenn alle diese Pläne durchgeführt werden würden, könnte Lodz 13000 Arbeitslosen Beschäftigung bieten.

Premierminister Grabski antwortete, daß er die Uebertragung des Fabrikbahnhofes nach Widzew fördere und der Stadt für den Häuserbau Kredite gewähren werde. Außerdem wird die Stadt vom 15 März an wöchentlich 100000 Zloty zur Führung der Kanalisationsarbeiten erhalten. Der Wojewode hat beschlossen, dieser Konferenz eine weitere folgen zu lassen, um die Durchführung seiner Absichten zu erreichen.

Die Finanzverhältnisse im Lodzer Magistrat. Zu unserer Notiz unter obigem Titel sandte uns der Magistrat mit der Unterschrift des Herrn Vizepräsidenten Groszkowski eine Berichtigung, in der er feststellt, daß seine Anordnungen auf Grund eines Magistratsbeschlusses erfolgt sind. Daß die Auszahlung der Anleihen an die Beamten nicht erfolgt ist, hat seine Begründung darin, daß die Steuern für 1924, vornehmlich aber die Lokalsteuer, nicht rechtzeitig eingezahlt wurden. Vorläufig müssen die Märzgehälter gezahlt werden.

Von den sich gegenseitig zuwiderlaufenden Anordnungen des Präsidenten und Vizepräsidenten spricht die Zuschrift aber mit keinem Wort.

Liquidierung des Streiks in der Scheiblerschen Fabrik. Am Dienstag nachmittag erklärten die Arbeitervertreter im Arbeitsinspektorat, daß sie sich mit der Reorganisation einverstanden erklären und bereit sind, der Direktion Genugtuung zu verschaffen. Infolgedessen erklärten die Vertreter der Firma, daß die Werke am heutigen Donnerstag wieder in Betrieb gesetzt werden.

Durch die Reorganisation werden 380 Arbeiter entlassen, die diesbezügliche Bescheinigungen erhalten sollen, um das Anrecht auf die staatlichen Unterstützungen zu besitzen.

Arbeitslosenunterstützungen. Die 22. Rate der Unterstützung wird ausgezahlt:

Am Freitag	im Büro	8	von Nr.	1001—2000
	„ „	6	„ „	1251—2500
	„ „	7	„ „	3001—3702
	„ „	3	„ „	5001—5750
	„ „	1, 9	„ „	6001—7000
	„ „	4	„ „	6501—8000
Am Sonnabend	„ „	8	„ „	2001—2520
	„ „	6	„ „	2501—3746
	„ „	4	„ „	5501—5000
	„ „	1	„ „	7001—7568
	„ „	9	„ „	7001—8000
	„ „	4	„ „	8001—8800
Am Sonntag	„ „	9	„ „	8001 bis Ende

Marschall Rataj und Minister Sikorski kommen nach Lodz. Am Sonntag, den 22. März, findet in Lodz vor der Stanislauskostka-Kathedrale die Enthüllung der Gedenktafel für den unbekannten Soldaten statt. Ihre Anwesenheit hierbei haben Sejmmarschall Rataj und Kriegsminister Sikorski zugesagt.

Zu der Massenverhaftung im Nadelverband. Am Dienstag wurden von den 145 verhafteten Personen, die Jugendlichen in einer Anzahl von 30 Personen aus der Untersuchungshaft entlassen und unter Polizeiaufsicht gestellt.

Raubüberfall. Am Montag abend wurden die Kaufleute Abram Kon und M. Nojman aus Zdunska Wola an der Brücke vor dem Kalischer Bahnhof von einigen Banditen überfallen, die ihnen zwei Koffer mit 23 000 Zloty raubten. Die Ueberfallenen setzten den Banditen nach, mußten jedoch umkehren, da einer der Banditen seine Verfolger zu erschießen drohte. Die Ueberfallenen meldeten den Ueberfall der Polizei. Sofort wurde die Polizeischule und die berittene Polizei alarmiert, die die Verfolgung aufnahmen. Zufällig stieß ein Polizist an der Ecke der Ogrodowa- und Nowomiejskastraße auf eine Droschke, in der die Banditen mit dem Raub flüchteten. Auf den Anruf, stehen zu bleiben, antworteten die Banditen mit Revolverschüssen. Zwei von ihnen flohen, während der dritte unter Mitnahme eines der Koffer mit 13 000 Zloty in die Ogrodowastraße zurücklief. Trotzdem der Polizist auf den Fliehenden schoß, gelang es ihm über den Poznanskischen Fabrikhof auf die Friedhöfe zu entkommen. Die sofort eingeleitete Nachforschung verlief ergebnislos, während zwei Funktionäre der Fabrik den Koffer fanden, in dem 7000 Zloty fehlten. Ins Kreuzfeuer genommen, bekannten die Funktionäre, den Koffer erbrochen und das fehlende Geld versteckt zu haben. Es wurde später auch vorgefunden. Die Funktionäre wurden verhaftet. Den Beraubten konnte das Geld unversehrt zurückerstattet werden. Von den Banditen fehlt jede Spur.

Eine Märchenaufführung im Deutschen Theater. Wieder einmal hat sich unser Deutsches Theater entschlossen, unsren Kleinen durch eine Märchenaufführung eine große Freude zu bereiten. Noch allen Kindern ist die ausgezeichnete Aufführung des „Dornröschen" in freudiger Erinnerung. Am Sonntag nachmittag sollen die Kinder wieder lachen dürfen. Es wird das herrliche Märchen von der „Prinzessin auf der Erbse" gegeben werden. Schon heute kann verraten werden, daß die ausgezeichnete Wiedergabe unsre Kleinen in hellstes Entzücken bringen wird. Darum müßte es am Sonntag für alle Eltern heißen: „Heute gehe ich mit meinen Kindern zur Märchenaufführung."

Eltern, knausert nicht! Jede Freude, die ihr euren Kleinen bereitet, trägt vielfältige Frucht.

In eigener Sache.

In der Sonntagsnummer der „Freien Presse" bin ich als Schriftleiter der „Lodzer Volkszeitung" sowie als Mitglied der D. A. P. von Abg. Utta in nichtswürdigster Weise angepöbelt und denunziert worden. Um die gemeinen Lügen und Verleumdungen richtigzustellen, sandte ich an die „Freie Presse" ein Schreiben mit dem Ersuchen um Aufnahme.

Obwohl ich jeden gehässigen Ton vermied und nur in sachlicher Weise die Lügen, die mich persönlich betreffen, richtig stellte, verweigerte die „Freie Presse" die Aufnahme. Dieselbe „Freie Presse", die stets in bombastischer Art beteuerte, für Wahrheit und Recht in polnischen Landen zu kämpfen.

Die „Freie Presse" hatte es besonders auf einen Absatz meiner Richtigstellung abgesehen, in der als Beweis dessen, daß ich nicht wegen Nachlässigkeit im Dienst als Druckereileiter der „Freien Presse" entlassen wurde, angeführt wird, daß ich wegen meiner Auflehnung gegen die Katastrophenpolitik des Dr. v. Behrens aus meiner Stellung scheiden mußte. Ich führte weiter als Beweis an, daß das Lodzer Bezirksgericht in einem von mir angestrengten Prozeß wegen 4-monatiger Gehaltsentschädigung zu meinem Gunsten entschieden hat.

Also diese Stelle, daß ich den Prozeß gewonnen habe, wollte der „Freien Presse" durchaus nicht passen, denn sie hätte nicht nur die Verlogenheit eines Uttas, sondern auch die der Personen, die in der „Freien Presse" das große Wort führen, entlarvt.

Da mein Vertrauensmann sich mit der Streichung dieser Stelle nicht einverstanden erklären wollte, wurde eine Verwaltungssitzung einberufen, die beschloß, die Richtigstellung nicht aufzunehmen. An der Verwaltungssitzung nahmen außer dem Verleumder und Denunzianten Utta noch die Herren Senator Karl Stüldt und Abg. Spickermann teil, die durch die Sanktionierung des Uttaschen Standpunktes sich nach dem alten Sprichwort: „Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist" als würdige Kumpane dieses politischen Abenteurers erwiesen haben.

L. K.

10. Staatslotterie.

5. Klasse — Letzter Tag.

Hauptgewinne:

Zloty 100 000 und Prämie 150 000 auf Nr. 18 090.
Zl. 1000 auf Nr. 36 225.
Zl. 600 auf Nr. 49 953.
Zl. 500 auf Nr. 47 399.
Zl. 250 auf Nr. 41 749.

Vereine.

Deutscher Lehrerverein zu Lodz. Am Sonnabend, den 7. März, hielt Herr P. Doberstein im Vereinslokale einen Vortrag über „Luthers Bedeutung für die deutsche Erziehung". Redner führte u. a. aus, daß bedeutende Persönlichkeiten gewöhnlich das gesamte Volksleben beeinflußt haben. Auch Luther hat auf seine Umgebung einen großen Einfluß ausgeübt. Luthers Werk war auch für das gesamte Volksleben bedeutungsvoll. Er führte die deutsche Sprache in den Gottesdiensten ein und hat damit der deutschen Sprache erst Geltung in allen Volksschichten verschafft. Luthers Werk übte auch einen Einfluß auf die Schule aus. Sie wurde gereinigt, ausgebaut, verdeutscht. So gelangte bald das Schulwesen zur hohen Blüte. Somit hat sein Werk nicht nur den oberen Schichten, sondern dem ganzen Volke gegolten. — Auch für die Deutschen in Kongreßpolen haben die Schriften Luthers eine hohe Bedeutung. Der Geist, der in ihnen atmet, hat dazu beigetragen, daß auch die in Polen zerstreut lebenden Kolonisten fest an ihrem Volkstum halten.

Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Dem Vortrage folgte eine Aussprache, die sehr rege war — ein Beweis dafür, daß die Zuhörer mit Interesse den Ausführungen folgten.

Sonnabend, 14. März, 8 Uhr abends, findet im Vereinslokale, Petrikauerstr. 243, ein humoristisch-pädagogischer Leseabend statt. Die Herren Zielke und Gollnik haben sich bereit erklärt, einige humorvolle Aufsätze P. G. Münchs und anderer berühmter Schulmänner vorzulesen. Die geschätzten Mitglieder werden gebeten, den Vorstand in seinem Bestreben, den Verein zu neuem Leben zu erwecken, durch zahlreichen Besuch unterstützen zu wollen.

Nach dem Leseabend Vorstandssitzung. **Auf der Tagesordnung steht u. a. die Angelegenheit der Pädagogischen Woche.**

Christl. Commisverein z. g. U. Am Donnerstag, den 12. ds. Mts., findet die feierliche Ueberreichung der Zeugnisse an die Absolventen des Buchhaltungskurses statt.

Der Lodzer Sport- und Turnverein hält am Sonntag, den 15. ds. Mts., seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab, und zwar nicht, wie in den früheren Anzeigen gesagt, im Vereinslokale, Zakatnastr. Nr. 82, sondern im Vereinslokale des Kirchengesangvereins der Trinitatisgemeinde, Konstantiner Str. Nr. 4. Da wichtige Anträge vorliegen, ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.

Kurze politische Nachrichten.

Stadtratwahlen in Riga. Die rechten Parteien erhielten 11 Mandate, das Zentrum 14, die Sozialisten 31, die Kommunisten 7 und die Minderheiten 27 (davon 15 Mandate für die Deutschen).

Die Tschechei und der Vatikan. Der Prager päpstliche Nuntius Marmaggi hat, wie die „Lidove Noviny" berichtet, der tschechoslowakischen Regierung mitgeteilt, daß der Vatikan die gesetzliche Einführung des Huß-Feiertages als einen feindlichen Akt betrachten werde.

In der tschechischen Presse wird dieser Schritt als eine Einmischung in die inneren tschechischen Angelegenheiten abgelehnt.

Sozialistischer Sieg in London. Die Gemeinderatswahlen haben endgültig folgendes Resultat erbracht: 60 Konservative, 27 Sozialisten und fünf Liberale. Die Sozialisten gewinnen 13 und verlieren einen Sitz. Die Liberalen verlieren 11 und gewinnen einen Sitz. Die Konservativen verlieren drei und gewinnen ein Mandat.

Sochaczew. Stadtratwahlen. Am 8. März fanden hier Stadtratwahlen statt. Die Juden errangen von 24 Mandaten 11, die P. P. S. 9, die Nationaldemokratie nur 4.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Von der Ortsgruppe Zdunska Wola. Der Vorstand der Ortsgruppe ersucht uns, den Bücherspendern auf diesem Wege den Dank der Zdunska Wolaer deutschen Werktätigen zu übermitteln und die Bitte weiterzugeben, daß weitere Bücherspenden dankend entgegengenommen werden.

Die Ortsgruppe hat seit einigen Tagen ein eigenes Lokal bezogen. Sie mietete das Schützenhaus im Freischützer Walde, wo sie auch Sommerwohnungen an ihre Mitglieder abgibt.

Der Stich ins Wespennest.

Eine Antwort an die Verleumder und Denunzianten aus der „Freien Presse".

Von der Menschheit hohem Damme
Wirf der Liebe Feuerflamme
In den finstern Haß- und Rachewald!

Such den Brand dann zu entfachen!
Schleudre gegen Lügendrachen
Wahrheitsfackeln, sicher, faustgeballt!

Laß die Arsenal' auflohen,
Die der Menschenfreiheit drohen!
Krachend berstet rückschrittlich' Gebälk.

Mag auch Utta grimmig heulen.
Seine hohen Lügensäulen
Stürzen. Auf der Walstatt bleibt ein Wrack.

Frisch zum Werk drum! Brenne, senge,
Lüg und Menschenhaß verdränge,
Bis dann grauet der Erkenntnis Tag!

Fr. Pr., Lodz.

Die Artikel in der „Lodzer Volkszeitung", die in sachlicher Weise die Tätigkeit und die Nützlichkeit der beiden nichtsozialistischen deutschen Organisationen — des Deutschen Volksverbandes und der Bürgerlich Deutschen Partei — behandelten und die der deutschen werktätigen Bevölkerung den allein richtigen Weg gewiesen haben, den sie in politischer Beziehung zu gehen hat, wirkten im Lager der Gegner niederschmetternd. In der ersten Woche war weder der „Hauptverbandsvorsitzende" noch einer seiner Getreuen imstande, einen klaren Gedanken zu fassen. Aber auch die zweite Woche gewährte den Mannen des D. V. V. keine Beruhigung. Schließlich, am vergangenen Sonntag, schlug „Er selbst" die Hacken zusammen und setzte sich an den Schreibtisch, um diesem L. K, diesem Redakteur des „Hetzblattes", zu antworten."

Was dabei aber aus der Feder floß, war nicht, auf unsere sachlichen Artikel, die im vornehmen Ton gehalten waren und persönliche Anrempelungen vermieden, ebenso sachlich und vornehm, wie es einem „deutschen Parlamentarier" gebührt, zu antworten. Die Feder spie Gift und Galle. Sie erzeugte derartigen Schmutz derartige Beschimpfungen und sogar Denunziationen, daß diese den ganzen Charakter des „Hauptverbandsvorsitzenden" in hellstem Rampenlicht widerspiegelten.

„Er" wählte, wie er das stets zu tun pflegt, um seine niedrigen Instinkte zu verdecken, ein Pseudonym für die Unterzeichnung des Artikels. der in der Sonntagnummer der „Freien Presse" erschien. Das Pseudonym lautete „Ein gewesenes Mitglied der D. A. P.", um uns irrezuführen und bei uns den Anschein zu erwecken, als ob in „seinem" Lager noch eine andere Person imstande wäre, so viel Gemeinheiten in einen Aufsatz zu zwängen.

Wie wir ihn erkannten.

Der Aufsatz enthält die Klage, daß die „Lodzer Volkszeitung" die glänzenden Reden des Herrn Abgeordneten Utta nicht veröffentlicht. Wir kennen den Herrn Abgeordneten als Selbstbeweihräucherer, als Menschen, der die Eigenliebe und das Eigenlob über die Sache stellt. Und das hat ihn verraten. Weiter wies uns das Pseudonym selbst den Namen des Autors. Der Herr Abgeordnete hat die menschliche Schwäche, sich als früheres Mitglied der D. A. P. auszugeben, obwohl er zu der D A P. nie gehörte. Der dritte Fingerzeig war der Umstand, daß der Herr Abgeordnete schrieb: „Wir werden uns in dem nächsten Aufsatz damit beschäftigen." Ein Einsender, ein gewöhnlicher Sterblicher, würde das Wort „ich" gebrauchen. Herrn Utta ist aber der Redakteur, den er in der „Freien Presse" markiert, derart in den Kopf gestiegen, daß er auch in der Rolle des Einsenders das Wort „wir" gebraucht.

Die „Freie Presse" schämt sich des Aufsatzes.

Daß der Aufsatz der Gipfel der Verlogenheit und der Gipfel der Beschmutzung der Führer der deutschen Werktätigen ist, die sich in Kongreßpolen bereits einen Namen gemacht haben und allein in Lodz das Vertrauen von 75% der deutschen Bevölkerung besitzen, beweist die Tatsache, daß sich selbst die „Freie Presse", die sonst nicht sehr wählerisch ist, schämte, den Aufsatz im Redaktionsteile aufzunehmen. Sie schob ihn von sich und lud den geistigen Auswurf ihres „Journalisten" unter der Ueberschrift „Zuschriften aus dem Leserkreise" ab. Doch auch dort dieses seltene Produkt unterzubringen, kostete den Herrn Abgeordneten, wie wir hören, die Einsetzung der ganzen Person, einschließlich der Drohung, dem Leibblatte den Rücken zu kehren. Und nur diese Drohung bewirkte es, daß das „teutsche Blatt" diesen Schandfleck auf sich laden mußte.

Wir müssen die Einheitsdeutschen derber an den Schopf fassen.

Bis jetzt haben wir versucht, durch Ermahnungen zur Vernunft auf die Herren des Volksverbandes einzuwirken. Angesichts dieser endlosen Selbstbeweihräucherung hielten wir sie nur für übergeschnappt und für geistig anrüchig, wenn sie vom Deutschtum sprachen und dem Volke einreden wollten, daß sie die Erhalter und die Inhaber des „deutschen Monopols" sind. Nun wurden die Herren Utta und Genossen aber ein wenig zu frech. Ihr Droschkenkutscherlexikon vermitteln sie der Oeffentlichkeit zu klar und zu oft. Es besteht die Gefahr, daß die schöne deutsche Sprache durch die Verzerrungen der Herren Souveräne in den polnischen Gauen die Sprachschönheiten unserer Dichter und Denker verliert. Auch müssen wir diese „Erwählten des Volkes" ihrer schamlosen Denunziation wegen an den Pranger stellen. Deswegen wollen wir Herrn Utta und seine Kollegen etwas derber an den Schopf fassen.

Die Operation.

Eingangs des Artikels spricht der Inkognito-Verfasser, Herr Utta, von einer Operation, die am deutschen Volkskörper vorgenommen werden muß. Wenn er aber der Chirurg sein will, so kommt er zu spät. Das Seziermesser haben wir bereits angesetzt und befürchten, daß er als Patient die Operation nicht aushalten wird. Er dürfte dabei politisch sterben und die politische Rumpelkammer aufsuchen, die seine Vorgänger seit einigen Jahren bewohnen. Also im eigenen Interesse hübsch ruhig halten, damit der Kaiserschnitt gelingt.

Das „einige" Deutschtum.

Herr Utta lamentiert von vornherein, daß keine Einheitsorganisation zustande kommen konnte, weil sich stets deutsche Renegaten fanden, die die jungen Organisationen zerstörten. Dieses Lamento gehört aber nicht in seinen Mund. Er selbst befand sich doch noch vor kurzem, bevor er sich zu den Kolonisten schlug, in dem Lager, aus dem die Renegaten hervorgehen. Ihm ist es eher als jedem anderen möglich, auf diese Renegaten einen Einfluß auszuüben. Er arbeitet doch mit denen zusammen, die „etwas besitzen und deswegen gut zu wirtschaften verstehen", die zu Renegaten geworden sind und es später oder früher noch werden. Aber auch noch eine andere Befähigung besitzt gerade „Er". Die vielen Evolutionen, die er in politischer Beziehung bereits durchgemacht hat, befähigen ihn dazu, jeden Renegaten zu verstehen und zu ihm zu reden. Also schlagen Sie sich, Herr Utta, an ihre Heldenbrust und führen Sie die Renegaten auf den rechten Weg.

Der politische Verwandlungskünstler Utta.

Im Jahre 1919 war der Herr Abgeordnete rot, sehr rot. Selbst die Kirche, „die er heute vor den Sozialisten schützen muß", fand vor seiner ziegelroten Gesinnung keine Gnade. Er wurde Stadtverordneter und nahm eine rosarote Farbe an. Als die Arbeitspartei begründet wurde, versuchte er diese als Sprungbrett für seine politische Karriere zu benützen. Ehe er aber noch Mitglied wurde, dankten die Arbeitsparteiler für die Ehre. Er verlor die Hoffnung nicht und „interessierte" sich für den „Bund". Dieser, von denen geführt, „die etwas haben und gut zu wirtschaften verstehen", verwirtschaftete sich recht bald. Schadet nichts, sagte sich unser Verwandlungskünstler. Er schwang sich auf das Roß des Deutschen Volksrats. Aber auch dieser bot das erwünschte Sprungbrett nicht. Die Farbe war inzwischen blaßgelb geworden. Warum aber ausgerechnet Volksrat und blaßgelb? Herr Utta schloß sich der Bürgerlichen Partei an und übermalte sein Inneres mit weißer Farbe. Aber auch diese Partei konnte das Zahnen nicht überstehen und konnte kein Sprungbrett bieten. „Gehen wir in solchem Falle weiter", sagte sich der Herr Abgeordnete und halste sich den armen, so oft schon enttäuschten Kolonisten auf, denen er „glänzende" Reden hält und erzählt, daß Arbeiter, Kolonist, Fabrikant, Großgrundbesitzer und Industrieller sehr schön in einem Volksverband nebeneinander sitzen können. Und nun haben ihn die bemitleidenswerten Kolonisten. Diese dürften ihn nicht so leicht erkennen, weil sie zerstreut wohnen und nur die „glänzenden" Reden hören. Die Farbe ist aber heute nach Bedarf abgetönt. Für den Arbeiter rot, den Bauern gelb, den Fabrikanten weiß, den Großgrundbesitzer violett und den Industriellen schwarz. Eine große Auswahl, wobei der Umtausch jederzeit gestattet ist. Diese Metamorphose nachzuahmen, dürfte nicht jedermanns Kunst sein. Herr Utta aber versteht sich darauf. Mache ihm dies jemand nach!

„Du sollst nicht lügen."

In seinem Artikel lügt Herr Utta, daß sich ein deutscher Sozialist darüber gefreut haben soll, daß im „Bunde" eine behördliche Revision vorgenommen wurde und ein Teilnehmer der Haussuchung gesagt habe: „To panowie rozbili Bund?" Daß derartige „Freudensäußerungen" nicht aus sozialistischem Munde kamen, bezeugen die anwesenden Volksgenossen. Was aber zwischen dem Herrn Abgeordneten, der während der Haussuchung anwesend war und der Polizei gesprochen wurde, entzieht sich allerdings unserer Kenntnis.

Die zweite Lüge. Herr Utta behauptet. Stv. Kuk wäre wegen Nachlässigkeit im Dienst und Schädigung des Unternehmens aus der „Freien Presse" entlassen worden. Er selbst weiß es aber ganz genau, daß Stv. Kuk an der Ausübung seiner Pflichten von Dr E. von Behrens gehindert wurde, weil er die Katastrophenpolitik dieses Herrn, für den die Parole galt „Nach mir die Sintflut", bekämpfte. Herr Utta weiß auch ganz genau, daß er, Abg. Spickermann, Senater Stüldt und andere „Teutsche" Stv. Kuk, der als Druckereileiter in der „Freien Presse" arbeitete, in diesem Kampfe stets bestärkten und es gerade diesem Kampfe zu verdanken haben, daß sie den Herrn Doktor losgeworden sind.

Die dritte Lüge. Stv. Kuk habe sein Amt als Schriftführer des Volksrates ausgenützt, um im Lokal des „Bundes" ein Hetzblatt zu gründen. Herr Utta weiß es aber, daß der „Bund" gar kein Lokal besaß und daß die „Lodzer Volkszeitung" im Lokal der D. A. P. redigiert wird.

In dieser Weise werden noch einige weitere sehr faustdicke Lügen verzapft.

Worum es geht.

In der Mitte des Artikels gesteht Abg. Utta, daß es ihm um die Einigkeit bei den Konstantynower Stadtratwahlen geht. Diese Umkehr kommt zu spät. Die Konstantynower deutschen Werktätigen haben klar erklärt und in ihrer Entschließung am Montag dokumentiert, daß sie mit Schädlingen der Sache, mit Verleumdern und Denunzianten nicht zusammengehen können und wollen. Daß sie recht hatten, beweisen die jüngsten Ereignisse, von denen am Schluß die Rede ist. Und eine noch viel deutlichere Antwort erhält Herr Utta und sein Volksverband am Sonntag zum Wahltag. Dort wird es sich zeigen, wer zersetzt und zerstört. Der Katzenjammer wird am Montag kommen.

Der größte Lump im ganzen Land
Das ist und bleibt der Denunziant.

Die ganze Erbärmlichkeit des Einsenders zeigt sich aber in dem Satz, in dem gesagt ist, daß Stv. Kuk seine Leser mit Zitaten aus der „Roten Fahne" speist und am Schluß, daß die D. A. P. die P. P. S. und noch viel schlimmere Berater hat. Hier ist es ein Ruf nach dem Staatsanwalt. „Sehet, dort sind die Illegalen!" ruft der Verfasser, „dort sind die Knallroten, faßt sie!" Ob dies die Handlung eines ehrlichen, frommen, unschuldigen und ach so treudeutschen Mannes ist, wollen wir den Lesern selbst zur Beurteilung überlassen. Es steht aber geschrieben, und dies wird Herr Utta als „Fachmann" auf diesem Gebiete wissen:

„Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten!"

Wir glauben, für heute schließen zu können. Der Blitzlichtbilder über den D. V V. und seinen Führer dürfte es genug sein. Genug dürften von beiden auch diejenigen haben, die sich noch nicht im klaren waren, ob die „teutschen Schwüre des teutschen Helden" echt oder schlechtestes Talmi waren.

O jerum.

• • •

Abg. Utta als Berichterstatter.

Verleumdung, Lüge, Denunziation — die Waffen der „Freien Presse".

Wir berichteten in unserer Dienstagnummer wahrheitsgetreu über die letzten Wahlversammlungen in Konstantynow. In der „Freien Presse" schrieb Herr Utta den Bericht über „seine" Versammlung eigenhändig. Darin lügt der Herr Berichterstatter gleich von vornherein lustig drauf los: Die D. A. P. habe durch einen „Stoßtrupp" (so etwas hat Herr Utta in seiner Phantasie erfunden) den Eingang zu seiner Versammlung versperrt und deswegen konnte niemand kommen, um seine „glänzenden Reden" anzuhören. Weiter behauptet er, der Spitzenkandidat des D. V. V., der selbst zugab, von Politik nichts zu verstehen, wurde in der Versammlung der D A P. durch Johlen und Geschrei am Sprechen gehindert. Wir müssen dagegen feststellen, daß Herr Stamm ausreden konnte und auf die Frage, ob er fertig sei, bejahend antwortete Mit einer Lachsalve wurde sein Bekenntnis aufgenommen, von der Politik nichts zu verstehen. Daß diese Aeußerung das Zwerchfell jedes Zuhörers kitzeln muß, wird Herr Utta wohl als „großer Politiker" zugeben müssen. Diesen Behauptungen folgt in der deutschen „Freien Presse" wieder das beliebte Mittel der Denunziation: „Es sprach ein Herr Jende, der vor einiger Zeit aus Sowjetrußland zurückgekehrt ist." Also her mit dem Staatsanwalt! An den Galgen mit diesem Arbeitsparteiler, der im Weltkriege sein Leben behielt und aus Rußland zurückkommen konnte. Also ebenso zurückkam wie Herr Gustav Stamm und Utta der im Jahre 1919 sehr viel erzählte, was er als „Tschinownik" durchführte und welch „glänzende Reden" er hielt. Ob dieser Weg des Herrn Berichterstatters aber nicht ein wenig schlüpfrig ist? Denunzianten erfreuen sich gewöhnlich nicht allzugroßer Beliebtheit!?

In der „Freien Presse" schreibt der Berichterstatter, ein Mitglied der D. A. P. hätte in der Versammlung behauptet, Stv. Klim und Kuk hätten in ihrer Wahlversammlung davon gesprochen, daß die Stadtverordneten der Bürgerlichen Partei in Lodz gegen die Abendkurse gestimmt hätten. Wir müssen diese Verhetzung stempeln und richtigstellen, daß Stv. Klim nur davon sprach, daß die bürgerlichen Stadtverordneten durch Ansprachen und Forderungen den Antrag nicht unterstützten. Auch müssen wir feststellen, daß in der Versammlung des D. V V. kein Arbeitsparteiler von dieser Tatsache sprach. Gesprochen hat Abg. Utta selbst davon, wobei er willentlich die Tatsachen auf den Kopf stellte und seine eigenen Worte in der Zeitung einem Mitglied der D. A. P. in den Mund legte.

Diese Verhetzungspolitik hat sehr kurze Beine. Die Wahl am Sonntag wird das Urteil über sie sprechen.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Achtstundentag und Kultur.

Während in Deutschland und Europa noch um den Achtstundentag gerungen wird, ist er in Australien schon seit mehr als einem halben Jahrhundert bekannt. Es war im Anfang des Jahres 1856, als sich die Bauhandwerker in Australien zu einer Gewerkschaftsorganisation zusammenschlossen, und es gelang ihnen dann bald den Achtstundentag durchzusetzen. Am 23. April 1856 wurde der Achtstundentag von den Bauhandwerkern endgültig errungen, und da dieser Tag eine grundsätzliche Bedeutung für alle Arbeitnehmer hat, so wird er als der sogenannte demonstration day alle Jahre gefeiert. Er ist der allgemeine Festtag der gesamten Arbeitnehmerschaft.

Den Bauhandwerkern folgten im Erringen des Achtstundentages die Maschinenbauer, die Eisengießer und die Schiffbauer. Anfang der sechziger Jahre erlitt die Bewegung einen Rückschlag durch Ueberfüllung des Arbeitsmarktes mit Kräften; die Goldfelder im Innern des Landes waren erschöpft, und die Goldwäscher strömten arbeitslos zu Tausenden wieder zurück. Doch seit dem Jahre 1869 ging der Achtstundentag auf alle Klassen der Arbeitnehmer über.

So war der Achtstundentag in Australien schon vor mehr als einem halben Jahrhundert in allen Zweigen des Arbeitslebens möglich, zu einer Zeit, als die Maschine noch nicht die technische Vollkommenheit von heute hatte. Darum ist es wohl zu begreifen, wenn die australischen Arbeiter jetzt den allgemeinen Propagandatag zugunsten des Achtstundentages abschaffen wollen, wo durch die allgemeine Einführung von systematischen Produktionsmethoden drüben statt des Achtstundentages eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit möglich ist, die ja auch August Bebel schon auf Grund der technischen Entwicklung errechnet hat.

Den Gewerkschaften ist es auch nach allgemeiner Ansicht der Wissenschaftler, die Australien und seine Verhältnisse studiert haben, zu danken, daß im Verein mit dem Achtstundentag in Australien eine allgemeine soziale Wohlfahrt herrscht. Arbeitslosigkeit ist selten. Auch der schlichteste Arbeiter hat seinen materiellen Wohlstand. Daher besitzt das Land allgemein ein kaufkräftiges Publikum, auch im Proletariat. Und diese allgemeine Kaufkraft wirkt natürlich wieder günstig auf die Produktion und die allgemeine wirtschaftliche Lage ein.

Diese Erfolge zeigen uns, was Zusammenschluß zu leisten vermag. Ohne den ununterbrochenen Kampf seit drei Vierteljahrhunderten wäre der Achtstundentag heute nicht zu dieser fast altmodischen Einrichtung geworden, die durch eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit ersetzt werden muß, weil ja auch der Arbeitnehmer seinen Vorteil von der technischen Entwicklung und wirtschaftlichen Modernisierung haben soll.

Besonders interessant ist für uns und vor allem für die Gegner dieser Selbstverständlichkeit des Achtstundentages die große kulturelle Bedeutung, die der Achtstundentag in Australien genommen hat. Da, wo der Achtstundentag eine Geschichte hat, läßt sich am besten erkennen, ob der Achtstundentag wertvoll ist oder nicht. Und das hohe kulturelle Niveau des australischen Proletariats beweist, welche geistige Bedeutung dem Achtstundentage zukommt.

Die freie Zeit wird nämlich nicht mißbraucht, wie es in der ersten Zeit der Freiheit vielleicht geschehen sein mag. Das Proletariat weiß den Achtstundentag zu würdigen. Es ist hineingewachsen in den geistigen Sinn des Achtstundentages, und es ist sich der kulturellen Bedeutung wohl bewußt. Darum der allgemeine Bildungsdrang aus allen Kreisen der Arbeitnehmer. Daher die geistige Höhe, die das Proletariat besitzt. Selbst von gegnerischer Seite wird anerkannt, daß der Achtstundentag das australische Proletariat im Laufe der Jahre zu einer Bildung hinaufgeführt hat, die uns Europäern, die wir kaum den Anfang des Achtstundentages erleben durften, unglaublich erscheinen.

Und was in Australien möglich ist, sollte in Polen nicht möglich sein?

Der Achtstundentag ist darum eine kulturelle Forderung unserer Zeit, die so sehr von einem großen sittlichen und geistigen Gedanken getragen ist, daß eine Auflehnung dagegen von seiten des Unternehmertums auf die Dauer einfach unmöglich ist, wenn die Arbeitnehmerschaft im ganzen im organisatorischen Zusammenschluß immer und immer wieder diese hohe Kulturforderung vertritt. K.V.

Anwachsen der Arbeitslosenziffern in Oesterreich.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in der letzten Berichtswoche abermals stark erhöht und ist auf 94000 gestiegen. Da es sich bei den Wiener Ziffern um ungefähr 50 Prozent der Gesamtzahl ganz Oesterreichs handelt, schätzt man an amtlicher Stelle die Arbeitslosigkeit auf dem Gebiet der ganzen Republik auf ungefähr 165000. Das entspricht etwa jener Zahl, die während der stärksten Arbeitslosigkeit seit Beginn der Sanierungsaktion Ende Februar 1923 verzeichnet wurde.

Der 1. Mai 1925 als Anti-Kriegstag.

Der Ausschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, im Jahre 1925 von einem besonderen Anti-Kriegstag abzusehen und dafür bei der Maifeier den Friedenswillen der Arbeiterschaft ganz besonders in den Vordergrund zu stellen. Der 1. Mai war immer der Betonung internationaler Zusammengehörigkeit geweiht; im vergangenen Jahre, zehn Jahre nach Ausbruch des Weltkrieges, war es nötig, einen schärferen Ausdruck des Hasses gegen den Krieg und des Willens zu einem friedlichen Zusammenarbeiten zu finden, und deshalb wurde der besondere Anti-Kriegstag am 21. September beschlossen und in der ganzen Welt durchgeführt. Ob späterhin wieder ein besonderer Anti-Kriegstag veranstaltet werden soll, kann weiteren Entscheidungen vorbehalten werden.

Politische Morde in Bulgarien.

Die politischen Morde in Bulgarien scheinen kein Ende zu nehmen. Am Freitag nachmittag wurde der sozialistische Abgeordnete Stojanow ermordet, nachdem tags vorher der Abgeordnete Georgiew, ein Mitglied der Regierungspartei, unter geheimnisvollen Umständen gestorben ist. Die Ermordung Stojanows erfolgte vor dem Sobranjegebäude zu einer Zeit, in der auf dem Korso reges Leben herrschte. Die kommunistischen Abgeordneten hatten der Sitzung der Sobranje, in der die Zusatzanträge zum Gesetz über den Schutz des Staates verhandelt wurden, aus Furcht vor Attentaten nicht beigewohnt. Stojanow allein vertrat seine Gruppe bei diesen Verhandlungen, verließ aber noch vor Schluß der Sitzung das Parlament, um sich nach Hause zu begeben. Kaum hatte er das Gebäude verlassen, als ein junger Mann auf ihn zutrat und ihn durch einen Revolverschuß tötete. Der Mörder flüchtete, wurde aber verfolgt und festgenommen. Es ist ein Bäckergehilfe Razwigorow. Angeblich sollen die Mazedonier beschlossen haben, zur Vergeltung für die Ermordung Prof. Milews, zehn kommunistische Abgeordnete zu töten. An zwei Abgeordneten, nämlich an Straschimirow und Stojanow, wurde das „Urteil" bereits vollzogen.

Jetzt hat der Justizminister ein Gesetz eingebracht, das die kommunistischen Abgeordneten aus der Sobranje ausschließt. Nach dem Kräfteverhältnis zu urteilen, wird das Gesetz angenommen werden.

Von den argentinischen Sozialisten.

Die argentinische sozialistische Partei, die erfolgreichste Vorkämpferin des Sozialismus in Südamerika, zählt gegenwärtig, wie aus einer Mitteilung an das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterinternationale hervorgeht, 10000 Mitglieder. Sie hat 18 Abgeordnete in der Kammer, 9 in den Landesparlamenten der einzelnen Provinzen und 2 Senatoren. Die Kommunisten verfügen über keine parlamentarische Vertretung.

Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955

von **Hans Dominik.**

(43. Fortsetzung.)

Lord Horace ließ die scharfen grauen Augen forschend auf dem Arzte ruhen. Dr. Glossin hatte seine Muskeln in der Gewalt. Es war ja vorauszusehen, daß die Bemühungen der amerikanischen Agenten den Engländern nicht verborgen bleiben würden.

„Es ist eine wohldurchdachte Maßnahme des Herrn Präsident-Diktators, um den Frieden der Welt aufrechtzuerhalten."

„Ich muß gestehen, daß mir die Zweckmäßigkeit dieses Weges nicht völlig einleuchtet."

„Eure Herrlichkeit wissen vielleicht nicht, daß ich geborener Schotte und nur durch Naturalisation Amerikaner bin. Ich betrachte es als meine vornehmste Aufgabe, die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu pflegen . . . Sie werden einwenden, daß für diesen Zweck die gegenseitigen Botschafter der beiden Mächte vorhanden sind. In erster Linie gewiß! Aber ein Botschafter ist immer eine offizielle Persönlichkeit. Was er spricht, spricht er amtlich im Namen seines Standes. Vieles darf er nicht sagen, was zu sagen doch bisweilen gut ist."

Lord Horace strich mit beiden Händen die Zeitung auf dem Tisch glatt. Ein leichter Sarkasmus lag in den Worten seiner Erwiderung.

„Sie dagegen, Herr Doktor, sind nicht mit der Last der Amtlichkeit beschwert, obwohl wir in England ziemlich genau wissen, daß Sie der vertraute Ratgeber des Präsident-Diktators sind. Sie sprechen ganz privatim als Herr Dr. Glossin mit Lord Maitland, der zufälligerweise der Vierte Lord der englischen Admiralität ist. So meinen Sie es?"

„Genau so, Lord Horace. Und so erwiderte ich denn: Wir erfuhren, daß die Agenten Englands auf dem Kontinent Kriegsmaterial in größtem Maße bestellten und kauften. Wir hätten mit gutem Rechte das gleiche tun können. Die Rüstungen beider Staaten wären dadurch bis zur Fieberhitze in die Höhe getrieben worden. Wir zogen es vor, unsere friedliche Gesinnung dadurch zu zeigen, daß wir nur den unverarbeiteten Rohstahl kauften. Es ist uns leider nicht in dem beabsichtigten Umfange gelungen. Ihre Regierung läßt nach unseren Ermittelungen Kriegsmaterial auf dem Kontinent bauen, durch das Ihre Luftstreitkräfte um fünfzig von Hundert verstärkt werden. Die Industrie auf dem Kontinent versteht es leider nur zu gut, aus der politischen Spannung Kapital zu schlagen. Immerhin werden Ihre Rüstungen durch unsere Stahlkäufe in solchen Grenzen gehalten, daß wir selbst nicht neu zu rüsten brauchen."

Die Worte Dr. Glossins verfehlten ihre Wirkung auf Lord Horace nicht. Es war richtig, daß Amerika bisher nur Stahl gekauft hatte. Den freilich in ungeheuerlichen Mengen. Noch gab sich Lord Maitland nicht gefangen.

„Sie werden die erworbenen Mengen nach den Staaten bringen und dort selbst die Waffen daraus schmieden."

Erstaunen malte sich auf Glossins Zügen. „Wir denken gar nicht daran, die zehn Millionen Tonnen Stahl, die wir bisher erwarben, nach den Staaten zu bringen. Es genügt uns, daß sie der Kriegsindustrie entzogen sind. Und . . . vergessen Eure Herrlichkeit nicht . . . wir haben schnell gekauft. Haben noch zu erträglichen Preisen gekauft.

Eine Entspannung der politischen Lage wird über kurz oder lang eintreten. Die Völker der Welt werden sich, wie es immer nach solchen Situationen geschah, mit erneutem Eifer der Produktion für den Frieden hingeben. Aber das Rohmaterial wird dann teurer sein . . ." Doktor Glossin fuhr mit erhobener Stimme fort: „Dann werden wir über diesen riesenhaften Vorrat frei verfügen. Wir haben es verhindert, daß Schwerter daraus gefertigt wurden, wir werden dann Pflugscharen daraus schmieden lassen. Die Wunden, die dieser Stahl schlagen wird, sollen fruchtbringende Ackerfurchen werden. So ist es die Meinung und der Wille meines . . ."

Er brach jäh ab, als habe er zuviel gesagt.

„. . . meines Herrn, des Herrn Präsident-Diktators Cyrus Stonard", ergänzte Lord Maitland die Worte Glossins in Gedanken. Jetzt war er überzeugt.

Aber Dr. Glossin entwickelte gleichzeitig ein Zukunftsgeschäft, das den Amerikanern Milliarden von Golddollars bringen mußte, wenn die Spannung sich friedlich löste. Der Größe dieser wirtschaftlichen Aussichten konnte der Engländer sich nicht entziehen. Busineß bleibt Busineß. Der Grundsatz saß zu tief im englischen Denken und Fühlen, um nicht zu wirken.

Eine Meldung des englischen Geheimdienstes hatte Lord Horace darüber unterrichtet, daß Dr. Glossin erst vor wenigen Tagen eine lange Unterredung mit Cyrus Stonard gehabt hatte. Es war außer Zweifel, daß er im Auftrage des Diktators sprach. Amerika suchte den Krieg zu vermeiden, machte dabei aber gleichzeitig ein Milliardengeschäft. Die Taktik war eines Cyrus Stonard würdig.

Blitzschnell gingen diese Gedanken Lord Horace durch den Kopf. Er prüfte in kurzen Minuten des Schweigens den Plan nach allen Richtungen und fand ihn wohldurchdacht. Das Netz war gut gewoben.

Lord Maitland hielt die Angelegenheit für wichtig genug, um zu einer Besprechung nach London zu fahren. Er überließ Dr. Glossin der Gastfreundschaft von Maitland Castle und der Gesellschaft von Lady Diana.

* * *

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Reiche.

Warschau. Verhaftete Kommunisten. Am 5. März wurde hier der Kommunist Henryk Petzold beerdigt. Seine Parteigenossen bereiteten dem Toten eine Manifestation. An der Spitze des Zuges wurde ein Kranz getragen, der von der Organisation der kommunistischen Jugend stammte, während der Sarg von den Parteimitgliedern getragen wurde. Auf dem Friedhofe sprach ein Stanislaw Tadaj, der nach der Ansprache seine Kleidung wechselte, von der Polizei aber trotzdem erkannt und verhaftet wurde. Außerdem wurden 18 Personen, darunter eine Frau, aus dem Trauergefolge verhaftet. Die Verhafteten sollen zur Jugendorganisation der kommunistischen Partei gehören.

Modlin. Mißbräuche. Im Lebensmittelamt wurden große Mißbräuche aufgedeckt. Zwei Lebensmittellieferanten ließen sich durch Militärpersonen die Assignate für gelieferte Waren wieder zurückgeben und behoben die Gelder zum zweiten und gar dritten Male. Auf diese Weise wurde der Staat um einige hunderttausend Zloty geschädigt. In Verbindung mit dieser Affäre wurden einige Personen verhaftet.

Krakau. Verurteilung von Kommunisten. Am vergangenen Dienstag fand hier ein Kommunistenprozeß statt. Verurteilt wurden: der 17jährige Meusche Grünspan zu drei Jahren, der 18jährige Jakob Müngelgrün zu 2 und der 20jährige Aron Herschkowicz zu 5 Jahren schweren Kerkers.

Dąbrowa. Kohlenbeckenbelagerung von Kommunisten. Am 27. Februar wurde hier der Arbeiter Mieczyslaw Kaminski getötet, der als kommunistisches Parteimitglied bekannt war. Der Mord wurde aus Parteihaß verübt, wie die Polizeiberichte besagen, von den eigenen Parteigenossen. Die Polizei entdeckte die Spuren der Mörder im Hause an der Miejskastr. 14. Die Polizeiagenten, die die Mörder verhaften wollten, wurden mit einem Kugelregen empfangen, wobei ein Polizist tötlich verwundet wurde. Die Polizei ordnete infolgedessen eine formelle Belagerung des Hauses an. Die ganze Miejskastraße stand eine Stunde lang unter einem Kugelregen. Als man in der Wohnung das Stöhnen von Verwundeten hörte, forderte der Polizeikommissar die Wohnungseinwohner auf, sich zu ergeben. Die Antwort war ein neuer Kugelregen. Infolgedessen änderte die Polizei die Taktik, ließ eine militärische Giftgasabteilung heranmarschieren, schlug eine Oeffnung in die Mauer und setzte das Haus unter Giftgas. Einige Minuten später betraten einige Polizisten, mit Gasmasken versehen, das Zimmer. Dort fanden sie in großen Blutlachen einen toten und einen schwerverwundeten Mann vor, die als die Mörder erkannt wurden. Der Schwerverwundete ist inzwischen ebenfalls gestorben. Die Getöteten, die zur kommunistischen Kampforganisation gehören sollen, heißen Mieczyslaw Walczyk und Franciszek Pijarczyk.

Gniewo. Tabakschmuggel. Vor einigen Tagen hat die Grenzpolizei in Gołębiewko, Gniewo und Smentowo 5 Autos angehalten, in denen sich 30 Zentner Tabak befanden, die aus Danzig nach Polen geschmuggelt wurden. Die Besitzer des Tabaks stammten aus Lodz, Posen und Warschau. Sie haben sich jedoch zur Abnahme des Tabaks nicht gemeldet, weswegen derselbe konfisziert wurde. Die Besitzer der Mietsautomobile meldeten sich dagegen im Stargarder Finanzamt, um die Wagen abzunehmen. Sie wurden verhaftet.

Posen. Waclaw Muttermilch der Prophet. Man erinnert sich des Ausspruchs eines Witzblattes, daß der Antisemitismus erst dann zur Blüte gelangen würde, wenn ein paar tüchtige Juden zu seiner Leitung berufen würden. Genau so ist es in Polen, wo man bemerken kann, daß gerade die tüchtigsten Antisemiten der führenden nationalistischen Blätter sich aus getauften Juden rekrutieren. Sie alle aber hat bei weitem in den Schatten gestellt: Herr Waclaw Muttermilch, der antisemitische Prophet von Posen. Er nennt sich zwar jetzt Bojomir, aber Bojomir macht aus seiner Herkunft kein Hehl. Muttermilch, der Prophet, hat nämlich den „Verband der Irenisten" gegründet, die steif und fest an die magische Gewalt der Freimaurer glauben, und „deshalb" den Juden und den Sozialisten den Kampf zugeschworen haben. Selbstredend fehlt es ihm nicht an Anhängern. „Einst bin ich reich gewesen", so schreibt er, „jetzt bin ich arm, aber glücklich", denn er hat entdeckt, daß der ganze Krieg nur von der jüdisch-freimaurerischen Maffia veranstaltet worden ist. Muttermilch, der Prophet, sucht gleichzeitig einen arischen Nachfolger, denn es wurmt ihn doch, daß an der Spitze dieser „christlichen" Bewegung ein Jude stehen muß. Er bietet seine Nachfolge den Herren Paderewski, General Haller oder Pilsudski an. Aber keiner der Herren hat merkwürdigerweise ihm bisher eine Antwort gegeben.

Aus Welt und Leben.

Hinrichtung mit Schinderei.

Bei der am 26. Februar vor viertausend Zuschauern in Osijek (Kroatien) vollzogenen Hinrichtung zweier Männer wegen Räubereien und dabei geschehenem Mord ereigneten sich scheußliche Szenen. Der erst 24 Jahre alte und bisher unbescholtene Prpic, den sein Schicksalsgenosse noch tagsvorher in einem Brief als minderschuldig bezeichnet hatte, da er bloß den Aufpasser gespielt habe und dazu verführt worden sei, wurde zuerst gehenkt. Sechs Minuten waren vergangen, so erzählt ein Zeitungsberichterstatter, als der Arzt den Hingerichteten untersuchte. Prpic war aber wider Erwarten noch am Leben. Es zeigte sich, daß der Scharfrichter seines Amtes nicht gut gewaltet hatte. Dies veranlaßte auch Dr. Hesera während des Hinrichtungsaktes dem Henker zuzurufen: „Das ist ja keine Hinrichtung, das ist eine Menschenschinderei!" Aber der Henker waltete ungestört seines Amtes weiter. Noch sechs Minuten lang mußte Prpic baumeln, bis endlich der Eintritt des Todes festgestellt werden konnte. Nach dieser scheußlichen Szene kam die zweite. Der Räuber Caruga, der mutig und gefaßt zum Galgen schritt, hing schon sechs Minuten, und der Arzt stellte fest, daß sein Herz noch in voller Tätigkeit war! Die Schinderei wurde also fortgesetzt und erforderte fünfzehn Minuten bis der Tod eingetreten war! Ein grauenhaftes Plädoyer vor Tausenden gegen die Todesstrafe!

Fortschritt der dänischen Sozialdemokratie. Die dänische Sozialdemokratie kann für das Jahr 1924 einen Mitgliederzuwachs von 12000 Köpfen buchen. Damit beträgt die Mitgliederzahl der Partei 143200, was bei einer Gesamtbevölkerung Dänemarks von $3^1/_2$ Millionen fast 4 Prozent beträgt. Die Hauptstärke der Partei liegt nach wie vor in Kopenhagen, während das bäuerliche Jütland noch ziemlich unerobeter Boden ist.

Kein Witz, sondern Tatsache. Kommt da dieser Tage in Brünn ein „besserer" tschechischer Herr mit goldener Brille auf dem Zentralfriedhofe zu einem Beamten der Friedhofsverwaltung mit folgenden Worten (tschechisch): „Ich bin jetzt drei Gräbergruppen durchgegangen und habe keine einzige tschechische Grabaufschrift gefunden. Sagen Sie mir, wie kommt denn das? Ist das nicht ein Skandal?" Der Beamte (ganz ruhig): „Herr, ich kann doch nichts dafür, wenn bisher nur Deutsche gestorben sind."

Tanzverbot eines Bischofs. Der Bischof von Calway von Dublin hat an alle römisch-katholischen Gläubigen seiner Diezöse einen Hirtenbrief erlassen, in dem er diesen das Tanzen an Sonnabenden verbietet. Schwere kirchliche Strafen treffen alle, die dem Verbot zuwiderhandeln. Falls die Aufforderung nicht befolgt wird, wird der Bischof, wie er schreibt, zu noch schärferen Machtmitteln greifen, die ihm die Kirche in die Hände gelegt hat.

Die Glatze wird modern! Professor Harper Roberts vom Londoner Physiologischen Institut prophezeite vor kurzem in einem Vortrage, daß für die Zukunft des menschlichen Geschlechts eine allgemeine Ausbreitung der Kahlköpfigkeit zu erwarten sei. Statistische Untersuchungen seines Instituts haben ergeben, daß die Zahl der Kahlköpfe in den Städten größer ist als bei der Landbevölkerung, und daß Völker, die jetzt erst in den Kreis der Zivilisation hineingezogen werden, eine rasch zunehmende Zahl von Kahlköpfen aufzuweisen haben.

Er stiehlt Küsse und anderes. Aus London wird gemeldet: Harry Mortimer, ein 23jähriger Amateureinbrecher, stieg nachts um 2 Uhr in das Schlafzimmer eines jungen Mädchens und indem er es mit einem Revolver im Schach hielt, raubte er nebst Bargeld noch Juwelen, Pelze und andere Wertsachen. Als alles in seinem Schnappsack verschwunden war, stahl er der jungen Dame noch einen Kuß und verschwand. Bei der Verhandlung stellte es sich heraus, daß alle gestohlenen Wertsachen bereits „vertrunken und vertan" waren. In seiner „Treuherzigkeit" meinte Harry Mortimer, die Sachen seien nun einmal weg, den gestohlenen Kuß wolle er aber gern zurückerstatten.

Zu 308 Jahren Gefängnis verurteilt. In Naval-Morel in Spanien wurde ein Staatsbeamter zu einer Gefängnisstrafe von 308 Jahren verurteilt. Diese Zahl stellt keinen Rekord dar, da derselbe Gerichtshof kurze Zeit vorher den Bürgermeister des Ortes Lamayon wegen Amtsvergehen zu einer Strafe von 396 Jahren Gefängnis verurteilte.

Der zärtliche Algerier. In Chatelet in Belgien betrat der 25 Jahre alte Algerier Bel-Hatsch-Haissa das Cafe des Francois Guillemin, fragte ihn zuerst, wie es ihm gehe und sprang dann plötzlich auf ihn los. Guillemin glaubte, der Algerier wolle einem plötzlich überströmendem Zärtlichkeitsgefühl Ausdruck geben und wehrte sich nicht. Bel-Hatsch-Haissa aber packte ihn kräftig, riß ihm mit einem Biß das rechte Ohrläppchen ab und aß es.

Die Ehe auf Probe. Der Staat Delaware wird bahnbrechend in einer höchstwichtigen Angelegenheit sein..., wenn das von dem Senator Dupont Ridgley vorgeschlagene Gesetz Gnade vor den stimmberechtigten Bürgern des Staates Delaware finden sollte. Der Senator schlägt vor, um die vielen unglücklichen Ehen unmöglich zu machen, oder wenigstens zu vermindern, die Leutchen, die sich lieben, auf ein Jahr probeheiraten zu lassen, aber dann, nach Ablauf dieser Bewährungsfrist, die Ehen für unlöslich zu erklären. Damit sind nun verschiedene maßgebende Bürger auch nicht einverstanden. Sie behaupten, ein Jahr genüge nicht, um sich in seiner wahren Gestalt kennen zu lernen. Außerdem würden sich die Damen ein Jahr lang leicht Zwang auferlegen können.

Um zwei schöne Augen.

Roman von **H. Abt.**

(20. Fortsetzung.)

Vor ihrem funkelnden Blick hatte der seine sich gesenkt, er vermochte nur zu murmeln:

„Ich wollte kein Unrecht an Ihrer Tochter tun."

„Unrecht? I Gott bewahre, das legt sich doch ein feiner, junger Herr nicht für ein Unrecht aus, wenn er einem armen Mädel so ein bißchen das Herz bricht und mit einer Reichen hin zum Altar geht."

„Ich kann mich nicht verteidigen, doch ich bin nicht so schuldig, wie Sie es glauben."

Heiser kamen ihm von fahlen Lippen die Worte. Mühsam richtete er sich wieder zu straffer Haltung auf. So sagte er noch:

„Ich verbürge mich noch einmal mit meinem Wort dafür, daß ich Ihrer Tochter jede Sühne verschaffen werde, die in meinen Kräften liegt."

Sich tief verneigend, war er gegangen. Frau Eberhardine Nuding gab ihm nicht das Geleit, aber sie lief zum Fenster hin und sah ihm nach, solange sie nur konnte, und als er endlich ihrem Blick entschwunden, trat sie, im Innersten mit sich zufrieden, wieder vom Fenster zurück. Den hatte sie am rechten Ende angefaßt, und was von dem aus vielleicht noch ihrer Adele kam, darüber konnte ihr Mutterherz beruhigt sein.

* * *

Nun zu Lothar!

Abermals betrat Heinz die weite Räume des väterlichen Geschäfts. Jetzt würde er denjenigen, den er hier suchte, jawohl finden. Was in ihm fieberte und wühlte, tat sich nicht durch äußerliche Zeichen kund. Etwas Verbissenes lag über ihm, seine Züge waren unter einem unerschütterlichen Wollen wie vereist. So öffnete er die Tür des kleinen Vorzimmers, dahinter das Privatkontor lag. Die Verbindungstür stand offen. Er trat gegen dieselbe vor und blickte in den elegent ausgestatteten Arbeitsraum hinein. Sein Bruder war nicht drinnen, doch dort am Schreibtisch saß sein Vater, hob ein wenig den Kopf und sah verwundert nach ihm hin.

„Du? — Was führt dich hierher?"

„Wo ist Lothar?" Es klang fordernd.

Der Konsul schrieb zunächst auf dem vor ihm liegenden Bogen den angefangenen Satz zu Ende, bevor er Antwort gab:

„Er ist in geschäftlicher Angelegenheit vor einer halben Stunde nach Hamburg gefahren."

Ein hohnvolles Auflachen klang in seine Worte. —

„Der Herzog ist zu Schiff nach Frankreich! Schien's ihm geraten, sich für eine Weile in Sicherheit zu bringen?"

Des Konsuls Blick verschärfte sich. „Ich verstehe dich nicht, möchte dich aber darauf aufmerksam machen, daß du dich mir gegenüber im Ton vergreifst. Außerdem bin ich augenblicklich beschäftigt, wie du siehst."

Er setzte wieder die Feder zum Schreiben an.

Da stand Heinz dicht vor ihm.

„So habe ich dich zu fragen, Vater: wußtest du um die Infamie, deren Lothar sich schuldig gemacht hat, oder ist sie nur meines Bruders Werk?"

Der Konsul war emporgesprungen. Es war, als hätte er nur das eine Wort verstanden, das sein Sohn vor ihm auszusprechen wagte: Infamie! —

Ein fahler Schein flog über sein Gesicht, sein Arm machte eine Bewegung, als wollte er sich heben.

„Das — das wagst du —"

„Ja, denn so nenne ich's, wenn einer an eines unbescholtenen Mädchens Ehre sich mit dem Ansinnen vergreift, für ihre Liebe ihr eine Abfindungssumme zu zahlen, wie einem käuflichen Geschöpf. Sag wenigstens, daß du keinen Teil an dem Handel hattest."

Es war plötzlich wie ein Flehen in seiner Stimme, in seinem Blick etwas, das da rief: Zerstör mir den Glauben an meinem Vater nicht, sag nein!

Doch es kam kein „Nein".

Starr sah der Konsul vor sich hinaus. So hatte Lothar im Uebereifer die angedeutete und von ihm selbst verworfene Absicht wirklich ausgeführt. Er billigte sein Vorgehen nicht, doch er billigte die Beweggründe dafür und dachte nicht daran, ihn jetzt vor Heinz preiszugeben. Er schwieg.

Heinz aber sagte ganz langsam:

„Du hast's gewußt — hast's gewußt und — gutgeheißen —"

Dem Konsul war es, als fühle er ein Brennen im Gesicht unter den Worten, die so deutlich sprachen: „Mein Vater, der mir hochstand, hat eine Erbärmlichkeit gutgeheißen." — Er trat zurück, sagte kurz und scharf:

„Mach kein unnützes Aufhebens von einer Sache, die in den betreffenden Kreisen im allgemeinen nicht für eine Beleidigung aufgefaßt wird."

Ein scharfer Atemzug stieß sich wie ein pfeifender Laut Heinz aus der Brust.

„Für die Beleidigung wird Lothar Abbitte leisten, und wenn ich ihn mit der Pistole in der Hand dazu zwingen sollte."

„Abbitte —?" Eine Schulterbewegung, ein wegwerfendes Lippenzucken. — „Sollte Lothar die gebotene Entschädigung so niedrig bemessen haben?"

„Vater!" Seine Zähne zermalmten das Wort. —

„Ich dulde es nicht, daß einer so von ihr spricht, sie so herabzieht!"

„Du duldest es nicht." — Mit überlegener Kühle sah der Konsul ihn an. „Und ist sie es gewesen, die dich in Kenntnis von Lothars vielleicht nicht ganz geschickt ausgeführtem Schritt gesetzt hat?"

(Fortsetzung folgt.)